



Stadt

Land

Gemeinden

Startseite | Basel | Nächste Runde im Fehlmann-Fiasko – Das verzweifelte Schweigen der Elis

Abo **Nächste Runde im Fehlmann-Fiasko**

Das verzweifelte Schweigen der Elisabeth Ackermann

Bürgerliche reden von einer «Frechheit», weil die Regierungspräsidentin keine Kosten offenlegen will – und verlangen Transparenz. Die grüne Regierungsrätin jedoch bleibt weiterhin stumm.



Sebastian Briellmann

Publiziert: 17.09.2020, 07:05



Was denkt sie wohl? Elisabeth Ackermann äussert sich nicht zu den happigen Vorwürfen.

Foto: Georgios Kefalas (Keystone)

Die Posse ums Historische Museum Basel (HMB) unter der Führung von Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann (Grüne) nimmt kein Ende. Nicht nur ist das Haus in einem verlotterten Zustand, wie der Museumsberater Duncan McCauley in einem von Ackermann in Auftrag gegebenen Strategiebericht aufzeigt (lesen Sie hier den ganzen Bericht) [↗](#). Auch die Trennung von HMB-Direktor Marc Fehlmann sorgt weiterhin für grossen Ärger.

Das Fehlmann-Fiasko wirft einerseits ein schlechtes Licht aufs Präsidialdepartement, andererseits kostet es eine Menge Geld: Der vorzeitige Abgang des Direktors dürfte vom Steuerzahler mit mehreren Hunderttausend Franken

alimentiert werden. Dazu kommen zusätzliche Ausgaben für Prozesse der Konfliktklärung und Mediation, die – und das ist die Ironie der Geschichte – am Ende völlig umsonst gewesen sind.

Die beiden Grossräte Pascal Messerli (SVP) und Heiner Vischer (LDP) wollten deshalb in Interpellationen von Ackermann wissen, wie viel die Prozesse sowie die Anwaltskosten gekostet haben. Die Regierungsrätin sagte im Grossen Rat wenig bis nichts dazu. Es wirft aber tatsächlich Fragen auf, warum die Museumsvorsteherin keine Zahlen präsentiert.

Interessant sind in diesem Kontext auch die Ausführungen des Basler Datenschutzbeauftragten Beat Rudin. Er sagt auf Anfrage, dass er von Ackermann nicht in die Abklärungen einbezogen worden sei. Das sei zwar nicht nötig, da der Entscheid beim «öffentlichen Organ, das über die Informationen verfügt, also hier beim Präsidialdepartement», liege. Dennoch wirkt es zumindest merkwürdig, dass in einer so heiklen Angelegenheit auf das Wissen eines hauseigenen Experten verzichtet wird.

Hat Ackermann Kompetenzen überschritten?

Der Druck auf Ackermann nimmt auf jeden Fall weiter zu, auch der Ton wird härter. Pascal Messerli reicht einen weiteren Vorstoss ein, da er seine Fragen nicht beantwortet sieht: «Es ist eine Frechheit gegenüber dem Steuerzahler, dass die Kosten nicht transparent gemacht werden. Basler Bürger haben ein Recht auf diese Informationen.» Messerli hat auch generell das Gefühl, dass gegenüber dem Parlament vonseiten der Regierung eine gewisse

Respektlosigkeit da sei, das zeige auch der Umgang mit der Geschäftsprüfungskommission (GPK): «Die Regierungsräte sind nicht die Könige von Basel. Der Chef ist das Volk, dann kommt das Parlament – und erst dann die Regierung.»

Wie begründet das Präsidialdepartement also eine Woche später sein Schweigen? Mit Schweigen. Eine Anfrage liess Sprecherin Melanie Imhof unbeantwortet.

Heiner Vischer ist wie Messerli ebenfalls nicht zufrieden. Auch er würde eine klare Kostentransparenz begrüßen – «da wir hierzu von Frau Ackermann nicht viel Neues erfahren haben. Enttäuscht bin ich vom Gesamtregerungsrat, der ihre Kritik an der GPK deckt. Das hätte ich nicht erwartet.»

Er sagt auch, dass es ihm letzten Endes um die Sache gehe: «Es kann nicht sein, dass an einem staatlichen Museum solche chaotischen Zustände und eine grosse Verunsicherung herrschen. Die Regierungspräsidentin hat hier ganz eindeutig einen schlechten Job gemacht, und ein solches Verhalten ist ihrer Position unwürdig», so Vischer. «Wir müssen uns nicht wundern, wenn dadurch das Vertrauen der Bürger in die Behörden und in die Politik generell schwindet.»

Auch FDP-Präsident Luca Urgese übt massive Kritik an Ackermann. Der Jurist ist der Meinung, dass das Präsidialdepartement schlicht seine Kompetenzen überschritten hat. Er sagt zudem: «Dass die Kosten nicht transparent gemacht werden, geht für mich nicht. Ich sähe etwa bei den Anwaltskosten seitens PD überhaupt keine Persönlichkeitsrechte verletzt – mit Herrn Fehlmann hat das nichts zu tun. Ich finde, die Öffentlichkeit dürfte ruhig

auch wissen, welche Anwaltskanzlei vom
Präsidentialdepartement beauftragt worden ist.»

Publiziert: 17.09.2020, 07:05